

# «Wir sind nicht diejenigen, die den Kindern ein Handy in die Hand drücken»

**Soziale Medien an der Schule** Viele Basler Lehrerinnen und Lehrer plädieren offenbar für ein Social-Media-Verbot für unter 16-Jährige. Davon will Urs Bucher, Leiter der Basler Volksschulen, nichts wissen.

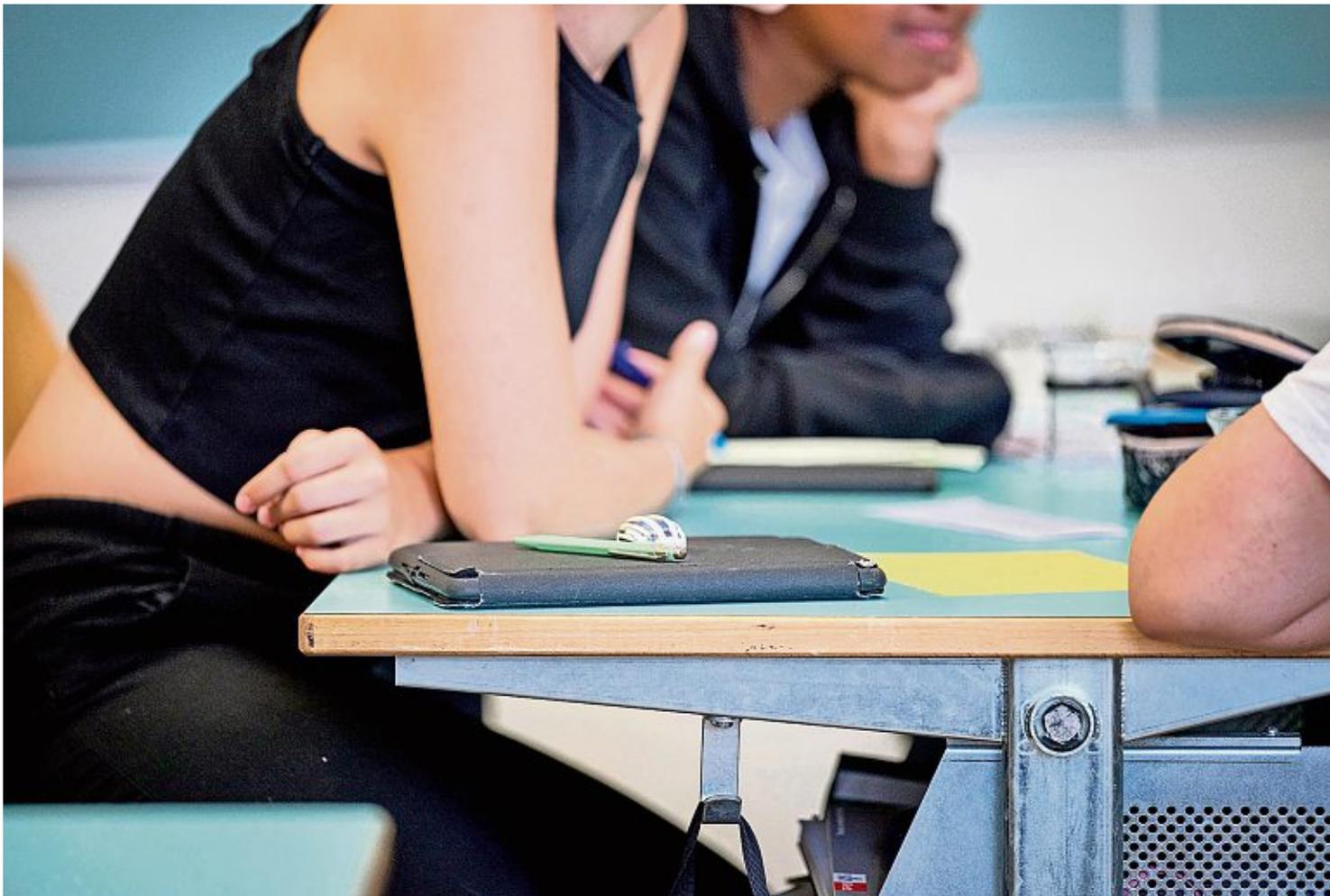
**Sebastian Schanzer**

Wenn Kurt Frei, Leiter des Baselbieter Jugenddiensts, die Gemeinden im Kanton besucht und mit Primarschülerinnen und -schülern der fünften Klasse über Social Media spricht, dann stellt er meist fest: Viele Kinder kennen sich zwar bestens aus mit den einschlägigen Plattformen – sei es Instagram, Tiktok oder Snapchat. Sie wissen, wie die Apps auf ihren Handys zu bedienen sind und welche Möglichkeiten zur Bessung diese ihnen bieten. Manche wüssten sogar, dass es bei der Nutzung von sozialen Medien auch zu Straftaten kommen kann. «Zum ersten Mal hören viele hingegen, dass sie selbst ab dem Alter von zehn Jahren für solche Straftaten belangt werden können», sagt Frei.

## «Es geht in erster Linie um Opferschutz»

Beleidigung und Drohung, Schreckung der Bevölkerung, Cybermobbing oder Sexting sind Beispiele für solche Straftaten. Damit es gar nicht erst dazu kommt, klärt Frei mit seinem Team präventiv auf: Was sind persönliche Daten? Warum sollte man sie schützen? Was kann passieren, wenn man gewisse Bilder mit seinen Freunden teilt? Dabei nutzt der Jugenddienst gern auch anschauliche Beispiele aus der realen Welt. «In der täglichen Arbeit müssen wir trotzdem feststellen: Es klappt nicht immer mit der Prävention», sagt Frei. Der Jugenddienst ist im Baselbiet auch für die Strafverfolgung zuständig.

Auch in Basel-Stadt arbeiten die Schulbehörden mit der Jugend- und Präventionspolizei zusammen und bieten entsprechend obligatorische Kurse für die Kinder und Jugendlichen sowie Elternabende an. Der Ressortleiter Daniel Sollberger betont: «Die Kinder wissen zwar gut, wie sie die Apps bedienen können. Allerdings geht ihr Wissen oft nicht



Dass Handys während des Unterrichts nicht genutzt werden sollen, ist unbestritten. Manche Schulen sammeln sie ein. Symbolfoto: Adrian Moser

über das Oberflächliche hinaus.» So fehle etwa oft das Verständnis für die Unterscheidung zwischen Öffentlichkeit und Privatsphäre. «Bei unseren Kursen geht es in erster Linie um Opferschutz und darum, den Kindern die gesetzlichen Grenzen aufzuzeigen», so Sollberger. Dass dies wichtig sei, bestätige ihm nicht zuletzt auch das grosse Interesse der Schülerinnen und Schüler. «In der Regel kommen die Kinder an den Kursen mit tausend Fragen auf uns zu.»

In der Schweiz häufen sich mittlerweile allerdings die Forderungen nach einem Verbot etwa von Tiktok und Instagram für Kinder und Jugendliche – nicht

nur wegen der möglichen Straftaten. Auch weil das Smartphone die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen beeinträchtigt und ihre Konzentrations- und Lernfähigkeit reduziere, hält Grünen-Ständerätin Maya Graf ein Verbot für prüfenswert. Die Baselbieterin hat im Bundesparlament ein entsprechendes Postulat eingereicht, der Bundesrat will die Situation in einem Bericht genauer analysieren.

Jüngst hat zudem eine Umfrage der Starken Schule beider Basel für Schlagzeilen gesorgt: 84 Prozent der knapp tausend Teilnehmenden aus der Region Basel finden, Kinder sollten soziale Medien erst ab 16 Jahren nutzen

dürfen. Die überwiegende Mehrheit der befragten waren Lehrpersonen. Auch die Urheberin der Befragung würde ein Verbot begrüssen, wie es auf der Website der Starken Schule heisst.

## Schulleitung sieht in Verbot keine Lösung

Das lässt aufhorchen, sieht doch die Leitung des Bereichs Volksschulen in Basel-Stadt ein solches Verbot keineswegs als zielführend an. «Die Schulen haben gemäss Lehrplan den Auftrag, einen konstruktiv-kritischen Umgang mit Social Media und generell mit Inhalten im Netz zu fördern», sagt der Leiter Urs Bucher auf Anfrage. Kinder und Jugend-

liche seien sehr anfällig für die Versuchungen, die etwa von Social Media ausgingen. «Deshalb muss man sie darauf aufmerksam machen und sensibilisieren. Das Verbot von Geräten oder sozialen Medien bietet für uns nicht die richtigen Lösungen.»

Dass das Handy an Basler Volksschulen während des Unterrichts grundsätzlich nichts zu suchen habe, sei indes klar. «Die Nutzung während der Pausen legen die Schulhäuser hingegen selbstständig für sich fest», so Bucher. «Entsprechende Regeln sollten die Schulen mit den Jugendlichen gemeinsam erarbeiten. Das wird an vielen Orten auch so gemacht.»

Bucher betont aber auch: «Wir sind nicht diejenigen, die den Kindern ein Handy in die Hand drücken.» Eltern seien in der Pflicht, ihre Kinder auf die Gefahren im Netz wie etwa Pornografie, Gewaltdarstellungen oder Cybermobbing hinzuweisen beziehungsweise ihnen den richtigen Umgang mit den Geräten und Inhalten beizubringen. «Wenn Eltern etwa von uns fordern, wir sollten die Tablets der Schulkinder so einrichten, dass sie abends und nachts nicht nutzbar sind, dann antworten wir: Sorgt dafür, dass sie die Geräte zu Hause nachts gar nicht in die Hände bekommen. Für die Regeln zu Hause sind die Eltern verantwortlich.»

## Kinder bei Nutzung von Social Media begleiten

Mit ihrer ablehnenden Haltung zu einem Verbot werden die Basler Volksschulen auch von der Forschung gestützt. Die Professorin Lara Wolfers forscht derzeit an der Universität Basel zum Themenkomplex der Digitalisierung. Sie mahnt zum einen: Auch 14-Jährige hätten ein Recht auf (digitale) Selbstbestimmung und müssten damit ernst genommen werden – zumal ihr Umgang mit Social Media oft nicht viel schlechter sei als jener von Erwachsenen.

Zum anderen würden die spärlichen Schutzmechanismen der Anbieter gänzlich wegfallen, wenn diese davon ausgingen, dass Jugendliche keinen Zugang mehr dazu hätten. Und seit langem zeige die Forschung, dass die beste Prävention darin bestehe, die Kinder und Jugendlichen bei der Nutzung von Social Media zu begleiten, Themen mit ihnen zu besprechen, sie über ihre Interessen zu befragen. «Mit einem Verbot würde diese Gesprächsgrundlage plötzlich wegfallen. Der Zugriff wäre verloren, und die Jugendlichen wären wohl trotzdem auf den Plattformen», so Wolfers.